

Einlassung Nina Picasso zur Berufungsverhandlung am 21.01.2014

VORREDE:

Sehr geehrter Herr Richter, verehrte Schöffen , Herr Staatsanwalt, liebe Anwesende,

Ein Journalist der Stuttgarter Zeitung kommentierte mein Urteil zu einer Strafe von 30 Tagessätzen a 40,- Euro wegen der Südflügelankettung wie folgt: Nach gängiger Rechtsprechung hätte Frau Picasso wahlweise einem Bierzeltbesucher auf die Nase hauen oder einen Nachbarn mehrfach als „Blödes Schwein“ beschimpfen können. Die Stuttgart 21 Gegnerin hat niemanden geschlagen oder beleidigt. Sie hat sich lediglich an eine Erle gekettet....

ich wehre mich gegen eine Bestrafung wegen einer rein körperlichen spektakulären Meinungsäußerung, die in der Wahl der Mittel verhältnismäßig und friedlich war.

Ich möchte über eine kleine Begebenheit während und nach unserer Ankettaktionen vom Südflügel berichten.

Als die Beamten der Technischen Einheit Myriam und mich bei unserer Ankettaktion vom Fenstergitter des Südflügels losflexten, taten sie es so geschickt, dass die Schlösser nur so weit aufgeflext wurden, so dass wir beide weiterhin unsere Bügelschlösser um den Hals tragen mussten. Myriam und ich hatten uns damals schon darauf gefreut, dass uns endlich diese unbequemen Teile entfernt würden. Pustekuchen. Als es uns klar wurde, dass die Beamten der Technischen Einheit gar nicht daran dachten, gingen uns die Mundwinkel doch etwas runter. Es war uns schon peinlich mit diesem speziellen Halschmuck rumzulaufen. Das bemerkten die Beamten durchaus und konnten sich ihrerseits ein Lächeln über diese Situation nicht verkneifen. Es sah zu lustig aus, als wir zwei mit den großen Bügelschlössern um den Hals zum Durchsuchungszelt gehen mussten. Es gab einige feixende Blicke seitens der umstehenden Beamten. Wir beide hatten aber Glück - der für uns zuständige Kripobeamte bestand darauf, dass uns die Technische Einheit von den Schlössern befreite, da er diese als Beweise sichern wollte. Dem Beamten der TE wäre es schon lieber gewesen, wenn wir die Schlösser hätten weiter tragen müssen-das bemerkten wir durchaus. Wir geben zu, jetzt mussten wir in uns reinlächeln. Im Übrigen gibt es ein Foto (Anlage) welches zeigt, dass die Beamten der TE nach ihrem Einsatz in völlig gelöster Stimmung noch miteinander redeten und lachten.

Warum erzähle ich das. Es soll Ihnen, wertees Gericht, einfach aufzeigen, hier ist nichts, aber auch gar nichts von Gewalt geprägt, weder im körperlichen Sinne noch psychisch. Die Beamten fühlten sich nicht als Opfer, sie sagten auch in beiden Gerichtsverhandlungen vor dem Amtsgericht aus, dass sie unsere symbolischen und friedlichen Aktionen einfach als einen Protest auffassten-ihre

Aufgabe war nur, uns loszumachen und wir Angeketteten leisteten keinerlei Widerstand, im Gegenteil, wir halfen aktiv mit, indem wir uns entsprechend den Anweisungen der Polizisten verhielten- nicht mehr und nicht weniger.

Verurteilungen „im Namen des Volkes“ sollten auch vom Volk verstanden werden. Nur dann ist sie legitim und entspricht dem allgemeinen Rechtsempfinden. Die Bezeichnung unseres Verhaltens als „Gewalt“ kann in der Öffentlichkeit niemand verstehen: Wir waren für die Öffentlichkeit sichtbar mit einem Bügel an den Südflügel und einer Kette an den Baum angeschlossen. Jeder konnte diese Gesten verstehen

- als körperliche friedliche Meinungsäußerung

- **gegen die Schaffung vollendeter Tatsachen**

- als Hinweis auf die Schwere des Staatlichen Unrechts,

dessen Ausmaß uns vor unseren Aktionen bekannt war - Unwahrheiten - ignorierte Risiken - Korruption - Intransparenz - fehlende Planfeststellungen - Täuschung der Öffentlichkeit - Fakten, die von jedem interessierten Menschen recherchiert werden können.

RichterInnen müssen neutral sein. Diese Pflicht ist aber verletzt,

- wenn die von uns dargestellten Tatsachen als Meinungen abgetan und ignoriert werden.
- wenn unser Verhalten in den Anklageschriften und den Urteilen so verbogen wird, dass aus einer bürgerlichen Aktion eine Straftat, aus einer körperlichen Meinungsäußerung „Gewalt“ wird.

ZU UNSEREN AKTIONEN

Der Anlass für unsere Ankettaktionen waren damals die Fortführung der unwiederbringlichen Zerstörung eines Großteils des Schlossparks mit jahrhundertealten Bäumen und des Abrisses des Südflügels. Schon 2010 wurden viele Bäume illegal gefällt-es war ein geplanter Rechtsbruch. Trotz Verbots des EBA wurden die Bäume im Schlosspark gefällt. Beim Abriss des Südflügels war uns auch klar, dass der Konzern DB AG nur unumkehrbare Fakten schaffen wollte – ein Abriss unter Missachtung der Statik des Bahnhofgebäudes, die eine ungeheure Gefährdung der Reisenden bedeutete. Ein Abriss ohne Gegenwert. Vom Bauablauf waren diese Zerstörungen nicht notwendig.

Die ganzen Aktionen selbst brauche ich nicht nochmals ausführlich erzählen-sie sind dem Gericht bekannt und in meiner Einlassung von den vorhergehenden

Amtsgerichtsverhandlungen beschrieben. Myriam und ich haben unsere Aktionen genau beschrieben.

Die Ankettaktionen zum symbolischen Schutz des Südflügels und der Bäume im Park waren von Friedlichkeit und Respekt geprägt. Mit diesen Aktionen wollten wir nur auf das staatliche Unrecht, in diesem Fall spreche ich von staatlicher Korruption, zum Schaden des Allgemeinwohls und zur Gefährdung der Sicherheit der Betroffenen, hinweisen. Das Bild unserer Aktion sollte deutlich für sich sprechen – es sollte die Verbundenheit mit den Bäumen und dem Südflügel aufzeigen - wir wollten gleichzeitig das Herz der Menschen berühren und nachdenklich machen, indem wir zeigten, dass wir über unsere Grenzen gehen und Nachteile in Kauf nehmen. Wir wussten, dass wir damit nichts verhindern können.

RESONANZ DER AKTIONEN

Die gelungenen Aktionen erschienen in vielen Medien. Stuttgarter Tageszeitungen, Deutsche Presseagentur-ein bundesweiter Verteiler, in diversen Online-Zeitungen, teils im Fernsehen wie dem ZDF, in der TAZ, sogar in den Schweizer Medien erschien eine Meldung.

Öffentlichkeitswirksame Aktionen helfen gegen das Vergessen, das Vertuschen von kritischen Punkten und unwahren Aussagen seitens der Politik und dem Konzern DB AG. Diese spektakulären zivilen Aktionen waren notwendig. Die Justiz, die permanent Anzeigen unsererseits wegwischt, trotz vieler Indizien und Anfangsverdachte, handelt nicht im Sinne des Bürgers, sondern im Sinne der Lobby. So oft waren Anfangsverdachte da, bei der die Staatsanwaltschaft hätte von sich aus aktiv werden müssen-sie tat es nicht!

Beispiel 2009: EX-MP Öttinger verheimlichte Unterlagen, obwohl diese eindeutig belegten, S21 würde über 5 Milliarden Euro kosten. Somit täuschte er Parlamente und Bürger. Das ist staatliches Unrecht! Der DB-Konzern ist ein Privatunternehmen. Der Konzern verweigerte zig-fach Unterlagen zu Kosten usw. vorzulegen. Hier hätte der Staat schon lange Hausdurchsuchungen durchführen müssen, besteht doch der Verdacht des Betrugs und arglistigen Täuschung usw. NICHTS passierte und passiert. Das ist für mich Rechtsbeugung! Demokratie geht anders.

Auch der Bundesrechnungshof hat die Praxis der Bahn bezüglich der Intransparenz wieder öffentlich angeprangert.

Ich möchte Ihnen aufzeigen, wie wichtig solch spektakuläre Aktionen, wie Ankettaktionen oder Dachbesetzungen usw. sind.

Unsere Dachbesetzungsaktion 2012 in Bezug auf die Pressekonferenz zu Wikireal und der Stresstestmanipulation fand ein reges Medienecho. Selbst der

SWR brachte es in der Landesschau. So bekam eine breite Öffentlichkeit diese Information.

Wir hatten Oktober 2013 die überaus wichtige Pressekonferenz zu der Ausarbeitung der 121 Risiken-Liste der Bahn, die aufzeigte, dass der DB Konzern bereits vor der Volksabstimmung nachweislich von den Mehrkosten von über 2 Milliarden Euro wusste. Dennoch täuschte der Konzern die Bürger und Parlamente weiter, indem er das verschwieg und damit auch indirekt die Volksabstimmung manipulierte.

Dem SWR war das nur eine Minimalmeldung auf der Homepage wert, obwohl klar ist, dass diese Meldung ganz Baden Württemberg betrifft, denn wir zahlen alle für Stuttgart 21. Diese Pressekonferenz war nicht durch eine Aktion begleitet, im Nachhinein bedaure ich das sehr. Wenn ich aktuell sehe, wie die Landesschau im Fernsehen mehrfach (!) über die Standortfrage der Montagsdemos berichtet, die aber für das Ländle im Gegensatz zu der Pressekonferenz überhaupt nicht wichtig ist, dann hat der Öffentlich Rechtliche SWR-Sender seine Aufgabe verfehlt!

Sie sehen, dass spektakuläre zivile Aktionen, wichtig sind, damit Fehlverhalten des Konzerns und der Politik und deren Auswirkungen einer breiten Öffentlichkeit bekannt gemacht werden kann. Es ist nun mal so – Fakten alleine interessieren nicht.

ERKENNTNISSE und POLITISCHE DIMENSION

Stuttgart 21 ist geprägt von einem allgemeinschädlichen Prinzip, der Korruption. Dieses Prinzip läuft darauf hinaus, öffentliche Gelder in Konzerntaschen fließen zu lassen. Stuttgart 21 verschafft auch Vorteile von Personen in öffentlicher Verantwortung. Stuttgart 21 verwehrt uns Bahnnutzer auch das Recht auf körperliche Unversehrtheit durch mangelhaften Brandschutz, dem regelwidrigen Gleisgefälle und der zu engen Bebauung.

Die Projekte wie hier Stuttgart 21 werden anfangs schöngeredet und schöngerechnet. Es werden Notwendigkeiten erfunden, die überhaupt nicht der Realität entsprechen. Schon beim Zustandekommen des sogenannten Baurechts, wurde unrecht gehandelt. Beispiele:

<Der Kopfbahnhof ist an der Leistungsgrenze- **Lüge**: 2010 war er u.a. der pünktlichste Bahnhof deutschlandweit .

<Uns kostet Stuttgart 21 nichts! – **Lüge**. Alleine uns Stuttgartern kostet Stuttgart 21 mind. 1,6 Milliarden Euro –

<Die Finanzierung fußt auf Täuschung. Die Anträge zum Stuttgarter Bürgerbegehren Storno 21 und Leistungslüge 21 beschreiben es genau.

Netzwerke aus Lobbyisten, Politikern, Behörden, Medien und Teilen der Judikative haben es geschafft die eigentlichen Ziele des Projekts, den Immobiliendeal, uns Bürgern einfach überzustülpen. Das Bahnprojekt wurde nur vorgeschoben, um an die Gleisgrundstücke zu kommen. Der Konzern DB AG hat sich schon so weit von der Bahn entfernt, dass dieses Projekt nur als Bilanzauflüchtigung gesehen wird –Gewinn durch öffentliche Gelder.

Demokratische Prozesse verkommen zur reinen Formalie, wenn eigentlich fertige Projekte wie Stuttgart 21 zur Abstimmung vorgelegt werden. Schon seit 1997 hatte der Bürger nichts mehr zu melden, wie Ex-Oberbürgermeister Schuster bei einer öffentlichen Anhörung erklärte.

<http://www.youtube.com/watch?v=2dERCVAzQzA>

Die Bürger, ja sogar die Parlamente, die leider immer mehr dem Fraktionszwang unterliegen, haben gar keine Möglichkeit mehr, regulierend einzugreifen. Erschwert wird das ganze noch, wenn Volksabstimmungen zur Farce verkommen. Die Landesregierung Grün-Rot beruft sich immer noch auf die Volksabstimmung, dabei ist die Volksabstimmung ein Nullum, denn keiner hatte das hohe Quorum erreicht! Die Landeswahlleiterin bestätigte dieses. Prof. Dr. Joachim Wieland, in einer Sendung des ARD-Magazins „Plusminus“: **„Baden - Württemberg hat unter der Prämisse abgestimmt, dass der Kostendeckel von 4,5 Milliarden Euro nicht überschritten wird.“** Da diese Summe nicht mehr gelte, sei die Regierung "nicht mehr an die Volksabstimmung gebunden". (Südwestpresse vom 12.12.2012 „Tag der Wahrheit für Stuttgart 21“)

Geschäftsgrundlage der VA war, getragen von der Koalition und Bahn:

1. Kostenobergrenze 4,5 Mrd,

2. Dreißig Prozent Leistungssteigerung,

3. Stuttgart 21 ‚PLUS‘, d.h. die Ergebnisse von Faktencheck und Stresstest werden berücksichtigt.

Schon wenige Tage nach der VA entfielen die Geschäftsgrundlagen :

- Dezember 2012 : Die Bahn gibt zu: Der Kostendeckel ist weit überschritten, die Bahn will die Mehrkosten einklagen. Die Mehrkosten wurden von der Bahn verheimlicht. Auf Grund dessen ist schon der Finanzierungsvertrag von 2009 zu den Kündigungsgesetzen nicht rechtskonform gewesen.

Die VA ist nicht verbindlich. Es ist nicht legitim, sich politisch und juristisch weiterhin auf diese VA zu berufen!

Mit dem Volksentscheid wurden auch überaus wichtige Fragen und Versprechen bis heute nicht geklärt:

- ... **Mangelhafte Planungen und fehlende Planfeststellungen für den Flughafenbahnhof und den Abstellbahnhof Untertürkheim**
- ... Fehlende Genehmigung für die Entnahme der doppelten Grundwasser-Reserve. Das GWM-Modell beruhte auf einem nicht validen, wissenschaftlich nicht ordentlich berechneten und erprobtem Verfahren.
- ... Fehlende Genehmigung auf Grund mangelhaften Brandschutzes
- ... Das Bohren und Bauen durch Anhydrit gefährdet Wohngebiete in Hanglage. Bahn verweigert ein geotechnisches Gutachten. Warum?
- ... Das Mineralwasser droht zu Versiegen. Der Schutz nicht gewährleistet.
- ... Naturschutzrechtliche Fragen nicht ausreichend geklärt
- ... Die Finanzierung – bis heute nicht durchfinanziert. Mind. 2 Milliarden Euro unsicher.
- ... Die Leistungsfähigkeit des gefährlich schmalen Tunnelbahnhofs wurde nie mit der guten Leistungsfähigkeit des Kopfbahnhofs verglichen. Warum wohl? Der jetzige Kopfbahnhof leistet heute schon mehr, als Stuttgart 21 je leisten können wird. usw.....

Für uns waren diese genannten Punkte damals deutlich erkennbar.

Das Stuttgart 21 korrupt ist, zeigt sich in einem neuen Skandal. Mitglieder des Aktionsbündnisses haben im Januar 2014 eine Strafanzeige gegen Ex-Kanzleramtsminister Pofalla gestellt. Zitate aus der Pressemitteilung des Bündnisses:

Der Tatverdächtige hat allein aus politischem Kalkül die Aufsichtsräte, speziell die dem Aufsichtsrat angehörigen einflussreichen Staatssekretäre, „zum Rechtsbruch genötigt“, indem er sie entgegen ihrer eigenen Überzeugung und entgegen dem Unternehmenswohl für den Weiterbau von Stuttgart 21 „auf Linie“ brachte. Dieser Verfassungsverstoß sei einer aufgeklärten Demokratie unwürdig.
<http://www.parkschuetzer.de/blog/669>

Wenn die Lobby samt involvierten Politikern so weit geht, dass sie Gefährdungen von Menschenleben billigend in Kauf nimmt durch aberwitzige Ausnahmegenehmigungen und Bilanz- und Machtgründen, dann hört für mich jegliches Verständnis auf. Nicht umsonst will die Gewerkschaft der Lokomotivführer dieses Projekt nicht, auf Grund des gefährlichen Gleisgefälles, der wegrollende Züge provoziert. Als Beispiel sei Köln genannt mit einem nur halb so steilen Gefälle. Pro Jahr passieren ca. 6 Unfälle mit Sachschäden und leider z.T. mit Personenschäden. Was sagte die Bahn in der Schlichtung: Das Gleisgefälle bei Stuttgart 21 sei kein Problem. Man würde dort eine Sicherheitseinrichtung einbauen. Köln beweist das Gegenteil.

Eine weitere aktuelle Bestätigung unserer Kritiken-die Tunnelbauten sind im Stuttgarter Untergrund gefährlich. Die kleinen Vorarbeiten für einen Rettungsstollen im Wagenburgtunnel ließen schon das LW-Gebäude absinken und die Bahn will dazu nochmals Häuser der IHK für 3,8 Mio Euro aufkaufen um sie dann abreißen zulassen – der Konzern kann nicht für die Sicherheit garantieren. Dazu soll entgegen aller Versprechungen das Restgebäude des H7 ebenso fallen. (<http://www.parkschuetzer.de/blog/671>)

Dieses Projekt wird mindestens ein Jahrzehnt massiv die Lebensqualität der Bürger beeinträchtigen-das ist unzumutbar.

Das Problem sind doch nicht die Menschen, die Zivilen Ungehorsam leisten, das Problem sind die Menschen, die unkritisch Gehorsam leisten.

ROLLE DER JUSTIZ

In ganz Deutschland (Brockdorf, Wackersdorf, Castortransporte) –außer in Stuttgart- werden Aktionen wie die unsrigen weder als Widerstand noch als Gewalt angesehen. Die von Herrn OStA Häußler eingeleitete „Stuttgarter Linie“ der Verurteilung friedlicher Protestaktionen als „Gewalt“ widerspricht nicht nur meinem Rechtsempfinden.

Ich möchte hier persönliche Dinge vorwegnehmen.

Bei der ersten Gerichtsverhandlung wegen Widerstands waren OStA Häußler und Frau Richterin Mengden-Breucker zugegen. Myriam und ich wurden angeklagt und verurteilt wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Können Sie sich vorstellen, wie es uns hierbei ging?

Bei der Richterin stellte sich später heraus, dass sie in S21-Angelegenheiten befangen ist. Die Gründe für die Befangenheit des Herr OStA Häußler wurden in diesem Verfahren dargelegt. Seine Anklage führte zur Verurteilung wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte. Es wurde einfach ignoriert, dass die Polizisten unser Aktion als körperliche Meinungsäußerung auffassten wir und unsere friedliche und kooperatives Verhalten bezeugten

Im Gegensatz dazu:

Ausgerechnet OStA Häußler schien der völlig unverhältnismäßigen staatlichen Gewalt gegen Kinder und Jugendliche am 30.09.2010, dem Schwarzen Donnerstag, nichts entgegenzusetzen zu wollen, obwohl er den ganzen Tag das Geschehen vor Ort beobachtete. Für mich ein absolutes Unrecht, geschahen doch unter seinen Augen massive Rechtsbrüche seitens der Polizei und Politik.

Frau Richterin Mengden-Breucker verurteilte nicht die Linie von Ex-Ministerpräsident Mappus und die Vorfälle vom 30.09.2010. Sie distanzierte sich auch nicht vom Brief Ihres Ehemanns, der nur lobende Worte an Mappus

verfasste in Bezug auf die repressive Vorgehensweise gegenüber unserem Protest auch nach dem 30.09.2010 rechtfertigte.

Ausgerechnet zwei verantwortliche Personen der Justiz rechtfertigten ausufernde Gewalt gegen Kinder und Jugendliche und friedliche Bürger. Uns bezichtigten sie einer Gewalttat. Mit dieser Bewertung wird der Gewaltbegriff dermaßen verzerrt, nur damit wir verurteilt werden können. - es geht schließlich um Stuttgart 21 – einem Politikum.

Bei meiner zweiten Gerichtsverhandlung wegen desselben Delikts, wollte die Richterin zunächst das Verfahren einstellen wegen der niedrigen Schwelle zur Gewalt. Die Staatsanwältin wehrte dieses Ansinnen vehement ab mit dem Hinweis, ich hätte schon eine rechtskräftige Verurteilung wegen Nötigung auf Grund von Sitzblockaden. Das heißt im Umkehrschluss, ich soll jetzt nur auf Grund einer Verurteilung für etwas bestraft werden, was eigentlich gar nicht strafwürdig ist. Die Richterin, die wenige Minuten zuvor das Verfahren einstellen wollte, begründete schließlich „Gewalt“ im Sinne des Paragraphen. Das passt überhaupt nicht zusammen!

Alle beide Gerichtsverfahren offenbarten mir, dass es gar nicht um das Recht geht. Es geht in diesem Fall nur darum: Verurteilung um jeden Preis. Für mich hat das Gericht die Objektivität verloren.

Ich erlebte bei einem Gerichtsverfahren um ein Bußgeld von 500 Euro, dass selbst Bundesverfassungsgerichtsurteile zum Versammlungsrecht keinen Pfifferling wert sind vor dem Stuttgarter Amtsgericht. Beim Bauzaunfrühstück (ohne Blockade meinerseits!) wurde ich angezeigt, weil ich einer Weisung eines Polizeibeamten nicht nachkam. Ich berief mich auf das BVG-Urteil zum Versammlungsrecht und dem Versammlungsgesetz selbst, dass besagte, dass man Weisungen der Polizei erst dann Folge leisten muss, wenn eine Versammlung aufgelöst wurde, was damals nachweislich nicht der Fall war. Meine Gehorsamsverweigerung wurde trotzdem verurteilt aber die Bahn, die gerade im Jahr 2012 fortlaufend Menschenleben riskierte musste nichts befürchten, die Staatsanwaltschaft sah wie immer keine Veranlassung sie anzuklagen.

<http://www.kontextwochenzeitung.de/pulsschlag/120/an-einer-katastrophe-vorbeigeschrammt-1301.html>

Ich möchte betonen, dass es mir nicht darum geht, dass sämtliche Urteile ungerechtfertigt sind, aber die Vehemenz der Verurteilungen um jeden Preis ist hier deutlich erkennbar. Auffällig ist, dass ausgerechnet die Anzeigepunkte den Konzern DB AG und Politiker betreffend, nicht zur Anklage seitens der Staatsanwaltschaft führen.

Das Problem ist die Weisungsgebundenheit der Staatsanwaltschaft an die Politik - die Politik will das Projekt. Der Staat hat durch diese gesetzliche Regelung seine Möglichkeit der Beeinflussung in die Judikative beibehalten

können. Das erklärt auch, warum Politiker sich so wenig vor Gericht verantworten müssen trotz teils immenser Straftatsdelikte. Wir erleben das in Stuttgart massiv.

In der Demokratie sollten aber diese Gesetze für alle gelten. Was ist das für eine Demokratie, in der die Politiker arglistig täuschen dürfen, ein Konzern betrügen und Schikane betreiben darf und keiner wird zur Rechenschaft gezogen. Das ist ein Ausverkauf der Demokratie.

Im Übrigen fordert der Richterbund und die Vereinigung der neuen Richter die Unabhängigkeit der Staatsanwaltschaft, weil sie genau diese Problematik in vielen politischen Fällen selber erleben.

Zivilcourage-Zivile Aktionen:

Für unsere Demokratie ist lebenswichtig, dass Bürgerinnen und Bürger ihre öffentliche Verantwortung wahrnehmen. Hierzu ist auch Zivilcourage notwendig. Wir versuchen, mit unseren zivilen Aktionen zu S21 einen sichtbaren Beitrag zur Aufklärung zu leisten.

Auswirkungen fehlender Zivilcourage in der Wirtschaft auf unser Leben:

Politiker möchten sich nicht die Sympathien von Förderern aus der Wirtschaft verderben. Deshalb blenden sie oft die Realität aus, wie hier bei diesem Projekt. Bsp: Massive Gefährdungen durch Tunnelbau, Kostenexplosion, Infrastrukturrückbau, Verfassungswidrigkeit..

Großkonzerne handeln geldgesteuert und machen sich immer abhängiger von den Gewinnforderungen ihrer Aktionäre wie die DB AG. Bei der DB AG geht es sogar so weit, dass die Bilanz wichtiger ist als die Sicherheit der Menschen (Bahnunglücke von Horrdorf und Enschede mit vielen Toten und Schwerverletzten, 3000 marode Brücken als Sicherheitsrisiko, aber 2010 hat der Konzern 3 Milliarden Euro für Arriva Aufkauf ausgegeben statt für inländische Sanierungen und Sicherheitseinrichtungen)

Vertreter von Organisationen der Zivilgesellschaft (Umweltverbände wie NABU) haben oft Angst ihre wirtschaftlichen Förderer zu verlieren. Deshalb schweigen sie häufig. Lieber Reparaturarbeit leisten, als langfristige Veränderungen anzugehen. Hier klar ersichtlich - seit ca. 2011 hilft der NABU nicht mehr aktiv gegen die Zerstörung von Stuttgart 21 – keine einzige kritische Äußerung zu den bereits begonnenen massiven Zerstörungen im Rosensteinpark.

Kirchenvertreter Der Geldmangel hält sie oft zurück, mutig ihre Stimme zu erheben.

Vertreter von Universitäten und Hochschulen nehmen immer mehr die Interessen der Wirtschaft wahr, weil sie sich sonst nicht ausreichend

finanzieren können (Verkehrswissenschaftliches Institut Uni Vaihingen- Grube ist dort Ehrenprofessor und die Uni ist Wegbereiter von Stuttgart 21).

Medienvertreter werden nicht selten indirekt von der Wirtschaftslobby kontrolliert und somit wird die Freiheit der einzelnen Journalisten beschnitten. Allzu deutliche Berichterstattung könnte diese verprellen. Im Sternbericht: „Schwäbischer Filz“ sind die Verstrickungen bestens beschrieben. <http://www.stern.de/politik/deutschland/medien-und-stuttgart-21-fahrt-auf-schwaebischem-filz-1611232.html>

Unsere Aufgabe

Wir Aktivisten fungieren mit zivilen Aktionen als Indikator für Probleme, die nicht übergangen werden dürfen. Unsere friedlichen Ankettaktionen, stellen eine einfache körperliche, spektakuläre Meinungsäußerung dar. Sie lieferten Bilder, die eine Botschaft vermitteln und berühren sollten. Sie sollten auf großes Unrecht seitens des Staates aufmerksam machen und Menschen nachdenklich stimmen. Bei den Ankettaktionen hatten die Polizisten verstanden, warum wir dies tun und es als eine reine symbolische Protestaktion gewertet.

Wir haben keine Straftat begangen. Wir haben unser Bürgerrecht wahrgenommen.

Nina Picasso

Links:

<http://storno21.de/>

<http://www.leistungsrueckbau-s21.de/>

<http://www.alle-gegen-s21.de/>

<http://www.parkschuetzer.de/blog/659> (BUND sieht S21-Planänderung zum Nesenbachdüker kritisch - Weiterhin Gefahren für Mineralwasser, Parkbäume, Hochwasser)

<http://www.parkschuetzer.de/blog/657>

(Parkräumung am 15.2.2012 war rechtswidrig - Klage beim Verwaltungsgericht Stuttgart im November 2013 eingereicht)

<http://www.parkschuetzer.de/blog/653> (Bahnchef Grubes bittere Geständnisse)